



---

**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus**  
Friedensplatz 1, 44122 Dortmund  
Fon: 0231 - 5022078  
Fax: 0231 - 5022094  
[www.gruene-do.de](http://www.gruene-do.de)

## **Pressemitteilung**

**15. Juli 2008**

### **Jobcenter ARGE: Fortführung der Zusammenarbeit ist gut**

Die Ratsfraktion der GRÜNEN begrüßt, dass nach der Einigung zwischen Bund und Ländern zur Änderung des Grundgesetzes die Jobcenter nun doch als Arbeitsgemeinschaft (ARGE) von Städten und Arbeitsagenturen fortgesetzt werden sollen.

**Birgit Unger, Ratsmitglied der GRÜNEN und Vorsitzende des Sozialausschusses:** „Für uns als GRÜNE ist es am wichtigsten, dass die Arbeitssuchenden auch weiterhin Hilfe aus einer Hand bekommen und nicht von Pontius zu Pilatus laufen müssen. Gleichzeitig sind wir immer dafür eingetreten, die kommunalen Kompetenzen innerhalb der ARGE zu stärken. Das betrifft insbesondere die soziale Betreuung der Erwerbslosen. Beides war nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Gefahr. Mit dem Beschluss zwischen Bundesarbeitsministerium und den Arbeits- und Sozialministern der Länder scheint das nun allerdings vom Tisch zu sein. Für Dortmund ist die Fortführung der bewährten Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bundesagentur eine gute Lösung.“

Der Sozialausschuss hatte sich im April vor dem Hintergrund des erwähnten Urteils mit einer möglichen Neuorganisation der ARGE beschäftigt. Dabei hatte er davor gewarnt, dass sich der Bund aus seiner politischen und finanziellen Verantwortung für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit herauszieht und das Problem damit kommunalisiert. Gleichzeitig hatte der Ausschuss mehrere Eckpunkte für eine Neuorganisation formuliert. Im Vordergrund standen dabei der Erhalt von bürgerfreundlichen Arbeitsstrukturen unter einem Dach, die weitere Stärkung der kommunalen Entscheidungskompetenz in den Arbeitsgemeinschaften sowie der dezentralen Verantwortungs- und Finanzstrukturen der ARGE vor Ort vor dem Hintergrund der Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes.

**Birgit Unger:** „Wenn es bei der bewährten Zusammenarbeit bleibt, können wir genau an diesen Dingen arbeiten und sie verbessern. Wir erwarten darüber hinaus, dass die Bundesregierung für die praktische Arbeit der ARGEN ausreichende arbeitsmarktpolitische

Spielräume sicherstellt. Hier brauchen wir eine Ausweitung und keine weitere Einengung. So müssen zum Beispiel die Ausschreibungsvorgaben der Bundesagentur hinsichtlich der Beschäftigungsmaßnahmen novelliert werden. Hier hat der Sozialausschuss gefordert, dass im Rahmen des Wettbewerbsrechts anerkannte Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger vor Ort zu stärken und Vergabekriterien wie z.B. Regionalität der Anbieter, Qualität und Kompetenz der Anbieter oder soziale und ökologische Kriterien in den Vordergrund zu stellen sind. Diese Forderungen müssen auch bei einem Erhalt der bisherigen Strukturen der ARGE umgesetzt werden.“

Die GRÜNEN erwarten darüber hinaus, dass der Bund die Finanzausgaben an die Kommunen in mindestens gleicher Höhe erneuert bzw. sie ausweitet.

„Das betrifft insbesondere den Bundeszuschuss zu den Kosten der Unterkunft für Beziehende von Arbeitslosengeld II. Schon jetzt werden hier die Städte über Gebühr belastet. Erst zu Beginn des Jahres wurde die Erstattung des Bundes von 30,5 auf 28,6 Prozent reduziert. Dortmund bekommt damit eine Million Euro in 2008 weniger als vorher bei gleichzeitig gestiegenen Kosten. Stattdessen müsste der Zuschuss des Bundes hier erheblich steigen“, so **Birgit Unger** abschließend.